

Inhaltsverzeichnis

- Abschaffung der kalten Progression - was im Jahr 2023 passiert
- Zuschüsse für energieintensive Unternehmen
- BMF-Info zur Teuerungsprämie klärt viele Fragen
- Außergewöhnliche Belastung kann nicht auf zwei Jahre verteilt werden
- Zahlungen in den Reparaturfonds bei Vermietung nicht sofort abzugsfähig
- Erneute Erhöhung des Basiszinssatzes
- Sozialversicherungswerte 2023

Abschaffung der kalten Progression - was im Jahr 2023 passiert

Mit der **Abschaffung der "kalten Progression"** wurde nunmehr einer langjährigen Forderung Rechnung getragen. Im Zuge des Gesetzwerdungsprozesses ("Teuerungs-Entlastungspaket Teil II") sind nun - als Regierungsvorlage Stand Mitte September 2022 - weitere Details bekannt geworden, welche **Auswirkungen** sich konkret im Jahr **2023** ergeben.

Generell gilt, dass **2/3 der Inflationsrate automatisch angepasst** werden und das verbleibende Drittel für zielgerichtete Maßnahmen vorgesehen ist. Für das Jahr 2023 ist eine IHS/WIFO-Studie maßgebend für die auszugleichende Inflation von 5,2 % (Durchschnitt der jährlichen Inflationsrate von Juli 2021 bis Juni 2022). Im Sinne der Bekämpfung der kalten Progression ändern sich folgende **(Grenz)Beträge**, wodurch es zu steuerlichen Erleichterungen kommt.

Anpassung der Grenzbeträge des Einkommensteuertarifs

Aktuell	2023	Grenzbetrag
Bis 11.000 €	Bis 11.693 €	0 %
Über 11.000 bis 18.000 €	Über 11.693 bis 19.134 €	20 %
Über 18.000 bis 31.000 €	Über 19.134 bis 32.075 €	30 %
Über 31.000 bis 60.000 €	Über 32.075 bis 62.080 €	41 %
Über 60.000 bis 90.000 €	Über 62.080 bis 93.120 €	48 %
Über 90.000 €	Über 93.120 €	50 %

Alleinverdiener- und Alleinerzieherabsetzbetrag

	Aktuell	2023
Ein Kind	494 €	520 €
Zwei Kinder	669 €	704 €
Drei Kinder	220 € (Zuschlag)	232 € (Zuschlag)
Einkommengrenze Partner jährlich	6.000 €	6.312 €

Unterhaltsabsetzbetrag

	Aktuell	2023
Für das erste Kind	29,20 €	31 €
Für das zweite Kind	43,80 €	47 €
Für das dritte und jedes weitere Kind	58,40 €	62 €

Verkehrsabsetzbetrag

Aktuell	2023
400 €	421 €
690 € (erhöht)	726 € (erhöht)
660 € (Zuschlag)	684 € (Zuschlag)
Einschleifgrenzen	
12.200 €	12.835 €
13.000 €	13.676 €
16.000 €	16.832 €
24.500 €	25.774 €

Pensionistenabsetzbetrag

Aktuell	2023
825 €	868 €
1.214 € (erhöht)	1.278 € (erhöht)
Einkommensgrenze erhöhter Pensionistenabsetzbetrag	
2.200 €	2.315 €
Einschleifgrenzen	
19.930 €	20.967 €
26.500 €	26.826 €
17.500 €	18.410 €
25.500 €	26.826 €

SV-Rückerstattung

	Aktuell	2023
SV-Rückerstattung (Arbeitnehmer)	400 €	421 €
SV-Rückerstattung (Arbeitnehmer inkl. Pendlerzuschlag)	500 €	526 €
Zuzüglich SV-Bonus (Arbeitnehmer, wenn Zuschlag zum Verkehrsabsetzbetrag zusteht)	650 €	684 €
SV-Rückerstattung (Pensionisten)	550 €	579 €

Weitere Maßnahmen im Rahmen des Teuerungs-Entlastungspaket Teil II sollen auch zur weiteren Ökologisierung des Steuerrechts beitragen. So sind beispielsweise **Zuschüsse des Arbeitgebers** bis 200 € pro Jahr für die **Nutzung CO2-emissionsfreier Fahrzeuge** von der **Steuer befreit**, wenn diese im Rahmen von Car-Sharing-Plattformen genutzt werden (z.B. Autos, Motorräder, E-Bikes und E-Scooter). Im Bereich der **Land- und Forstwirtschaft** werden die für die Pauschalierung vorgesehenen **Einheitswert- und Umsatzgrenzen angehoben**. Künftig soll demnach eine pauschalierte Gewinnermittlung bei einem **Einheitswert** von **bis zu 165.000 €** sowie bei **Umsätzen** von **bis zu 600.000 €** (Anhebung der Umsatzgrenze für nichtbuchführungspflichtige Unternehmer hinsichtlich der Anwendung der land- und forstwirtschaftlichen Pauschalierung) zur Anwendung kommen können. Schließlich soll auch der **Dienstgeberbeitrag** ab 2023 von 3,9 % auf 3,7 % **gesenkt** werden.

Teil III des Teuerungs-Entlastungspaket (Einbringung als Regierungsvorlage Mitte September 2022) soll schließlich zur **Stärkung der Kaufkraft** beitragen, indem die **Sozialleistungen** jährlich ab 2023 **valorisiert** werden. Folgende Leistungen werden demnach an die Inflation angepasst:

- Kranken-, Rehabilitations- und Wiedereingliederungsgeld;
- Umschulungsgeld;
- Studienbeihilfe und Schülerbeihilfe;
- Kinderbetreuungsgeld und Familienzeitbonus;
- Familienbeihilfe, Schulstartgeld, Mehrkindzuschlag und Kinderabsetzbetrag.

Die finale Gesetzwerdung bleibt abzuwarten.

Zuschüsse für energieintensive Unternehmen

Der dramatische **Anstieg bei den Energiekosten** stellt fast alle Unternehmen vor **massive Kostensteigerungen**. Eine teilweise Abfederung sollen die Maßnahmen aus dem bereits beschlossenen **Unternehmens-Energiekostenzuschussgesetz** - UEZG - bringen. Ziel ist die Unterstützung von "energieintensiven Unternehmen". Als solche gelten Unternehmen, bei denen sich die Energie- oder Strombeschaffungskosten auf mindestens **3,0 % des Produktionswertes** bzw. Umsatzes belaufen.

Unter "**Produktionswert**" ist der Umsatz, bereinigt um Bestandsveränderungen bei fertigen und unfertigen Erzeugnissen und zum Wiederverkauf erworbene Waren und Dienstleistungen minus Käufe von Waren und Dienstleistungen zum Wiederverkauf, zu verstehen. Es handelt sich somit um eine Art "**Rohertrag**". Erste Details zu den **antragsberechtigten Unternehmen** aus der **Förderungsrichtlinie** sind bereits bekannt.

Die Förderung richtet sich an energieintensive, gewerbliche und gemeinnützige Unternehmen und unternehmerische Bereiche von gemeinnützigen Vereinen. **Nicht förderungsfähig** sind energieproduzierende und mineralverarbeitende Unternehmen oder die land- und forstwirtschaftliche Urproduktion. Die Förderung ist auch an die Umsetzung von **Energiesparmaßnahmen** geknüpft. So ist vorgesehen, dass bis zum 31.3.2023 Energiesparmaßnahmen im Bereich der Beleuchtung und Heizung im Außenbereich gesetzt werden müssen, um die Förderung erhalten zu können.

Gefördert werden **Mehrkosten** für den betriebseigenen Verbrauch von Strom, Treibstoffen und Gas bis maximal 400.000 € pro Unternehmen. Abhängig von der Betroffenheit und der Branche des betreffenden Unternehmens kann die Förderung für Strom und Erdgas auch höher ausfallen. **Sitz** oder Betriebsstätte in **Österreich** sind dabei eine Voraussetzung. Die Förderungen beziehen sich auf Energieaufwendungen, die im Zeitraum zwischen 1.2.2022 und 30. September 2022 anfallen.

Mit der **Abwicklung der Zuschüsse** wird die Austria Wirtschaftsservice GmbH (**aws**) beauftragt. Wir werden Sie über weitere Details auf dem Laufenden halten.

BMF-Info zur Teuerungsprämie klärt viele Fragen

Unter bestimmten Voraussetzungen können **Arbeitgeber** eine **Teuerungsprämie von bis zu 3.000 €** im Jahr 2022 und 2023 **abgabenfrei** an Arbeitnehmer gewähren. Das **BMF** hat Ende September 2022 eine **Information** veröffentlicht, welche viele Fragen zum Instrument der Teuerungsprämie erläutert. Aus dem Zusammenspiel von Frage und Antwort ergeben sich wichtige **Erkenntnisse**, die nachfolgend überblicksmäßig dargestellt werden.

- Teuerungsprämien können auch dann steuerfrei ausbezahlt werden, wenn die Zahlung in **zwei oder mehreren Teilbeträgen** bzw. monatlich gemeinsam mit den laufenden Bezügen erfolgt.
- Die Teuerungsprämie muss am **Lohnzettel** oder **Lohnkonto** als solche **ersichtlich** gemacht werden (ergänzendes Formular L16 bzw. gem. § 5 Abs. 4 Lohnkontenverordnung 2006). Der Umstand der Teuerung an sich als Voraussetzung muss jedoch **nicht nachgewiesen** werden.

- Da die **Steuerbefreiung** i.S.d. Teuerungsprämie lediglich eine **zusätzliche Zahlung aufgrund der Teuerung voraussetzt** (die üblicherweise bisher nicht gewährt wurde), sind die Ausgestaltungsmöglichkeiten vielfältig. Für eine Entlastung der Mitarbeiter von den hohen Spritpreisen kann etwa die Höhe der **Teuerungsprämie** (maximal 2.000 € pro Mitarbeiter) **anhand der zurückgelegten Fahrstrecke** zwischen Wohnung und Arbeitsstätte berechnet werden und somit **unterschiedlich hoch** sein.
- Aufgrund der geringen Anforderungen in Form einer zusätzlichen Zahlung aufgrund der Teuerung ist es zulässig, die Teuerungsprämie bis 2.000 € **auch nur an einzelne Mitarbeiter** steuerfrei auszusahlen. Denkbar ist ebenso, dass alle neu eintretenden Dienstnehmer im ersten Monat des Dienstverhältnisses 2.000 € Teuerungsprämie erhalten (die bestehenden Arbeitnehmer jedoch nicht).
- Die **Teuerungsprämie** kann grundsätzlich auch **in Form von Gutscheinen** zugewendet werden oder in Form anderer geldwerter Vorteile. Dann hat ebenso eine Erfassung am Lohnkonto bzw. am Lohnzettel zu erfolgen.
- Da das **Ausmaß der Beschäftigung** keine Auswirkungen auf die maximale Höhe der Teuerungsprämie hat, können auch **geringfügig Beschäftigte** eine Prämie in voller Höhe erhalten. Ebenso wenig ist entscheidend, ob der Mitarbeiter **Vollzeit oder Teilzeit** beschäftigt ist - daher erfolgt bei Teilzeitkräften **keine Aliquotierung**.
- **Steuerfreie Teuerungsprämien** können auch an **karenzierte Dienstnehmer** bzw. **Dienstnehmer ohne Entgeltanspruch** (z.B. wegen Mutterschutz oder langem Krankenstand) **gewährt** werden. In einem solchen Fall kann die Teuerungsprämie als zusätzliche Leistung aufgrund der Teuerung gewährt werden. Bedeutsam ist dabei, dass der grundsätzliche Lohnanspruch während einer solchen Dienstverhinderung ruht.
- Wird eine Teuerungsprämie von mehr als 3.000 € durch **Einmalzahlung** gewährt (beispielsweise 4.000 €), so ist der **steuer- bzw. abgabenpflichtige Teil** (in dem Beispiel 1.000 €) als **sonstiger Bezug** zu besteuern - es erfolgt keine Anrechnung auf das Jahressechstel.
- Belohnungen wie **Prämien oder Bonuszahlungen**, welche aufgrund von Leistungsvereinbarungen gezahlt werden, dürfen **nicht als Teuerungsprämie qualifiziert** werden. Daran ändert sich auch nichts, wenn gewährte **Bonuszahlungen** in Form von **Zielvereinbarungen** ausgestaltet sind. Die Zahlung erfolgt nämlich aufgrund einer Zielerreichung und wird **nicht aufgrund der Teuerung** zusätzlich gewährt.
- Die **Gestaltungsmöglichkeiten** sind auch insoweit **eingeschränkt**, als etwa der Bezug einer auf freiwilliger Basis (fast) jährlich gewährten **Erfolgsprämie** (entspricht einer wiederkehrenden Zahlung bezogen auf den Unternehmenserfolg mit Widerrufsvorbehalt) **nicht** in eine **Teuerungsprämie umgewandelt** werden kann. Es handelt sich dann nämlich nicht um zusätzliche Zahlungen, die üblicherweise bisher nicht gewährt wurden.

Außergewöhnliche Belastung kann nicht auf zwei Jahre verteilt werden

Die steuerliche Geltendmachung von Ausgaben als **außergewöhnliche Belastung** setzt voraus, dass die **Belastung außergewöhnlich** ist, **zwangsläufig** erwächst und die **wirtschaftliche Leistungsfähigkeit** wesentlich **beeinträchtigt**. Überdies darf die Belastung **nicht** bereits Betriebsausgabe, Werbungskosten oder Sonderausgabe sein. Das **BFG** hatte sich unlängst (GZ RV/5100882/2021 vom 18. Mai 2022) mit einer Konstellation auseinanderzusetzen, in der die **Kosten** für den **Einbau eines Pool-Lifters als außergewöhnliche Belastung** geltend gemacht werden sollten. Bei dem Steuerpflichtigen liegt aufgrund von **Behinderung** eine 100 % Erwerbsminderung vor und es

ist die Unzumutbarkeit der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel gegeben. Überdies bescheinigte ein ärztliches Attest die **medizinische Notwendigkeit** des Pool-Lifters. Im Falle einer Behinderung fällt bei außergewöhnlichen Belastungen die Berücksichtigung des Selbstbehalts weg - wichtig ist allerdings, dass die entsprechenden **Kosten** die Summe **pflegebedingter Geldleistungen** wie z.B. Pflegegeld **übersteigen**.

Im vorliegenden Fall ist auffällig, dass der Steuerpflichtige die **Kosten** für den Pool-Lifter **auf zwei Jahre verteilen** (abschreiben) **wollte**. Im ersten Jahr würde der Ansatz der teilweisen, wie auch der vollen Kosten für den Pool-Lifter die **Steuergutschrift nicht erhöhen** - anders jedoch im zweiten Jahr. Das BFG fokussierte sich im Rahmen der Entscheidungsfindung auf die Frage, ob die gewünschte **Aufteilung der Aufwendungen auf zwei Jahre gerechtfertigt** ist. Das Kriterium der **Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit** ist dabei entscheidend. Da wirtschaftlich gesehen die **Gesamtkosten** für die Anschaffung des Pool-Lifters **bereits im ersten Jahr getragen** worden waren, kann durch diese Anschaffung im **Folgejahr keine weitere Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit** mehr gegeben sein. Eine Abschreibung bzw. **Verteilung** von Anschaffungskosten im Zusammenhang mit einer **außergewöhnlichen Belastung** ist dem BFG folgend **nicht möglich** - maßgeblich ist der Zeitpunkt des Abflusses.

Zahlungen in den Reparaturfonds bei Vermietung nicht sofort abzugsfähig

Fragen der **Abzugsfähigkeit** von **Kosten** im Zusammenhang mit **Erhaltungs- oder Herstellungsaufwand** sind regelmäßig Gegenstand höchstgerichtlicher Entscheidungen. Der **VwGH** (GZ Ro 2021/13/0014 vom 2.5.2022) hatte sich unlängst damit befasst, ob **Zahlungen eines Wohnungseigentümers** in den **Reparaturfonds** bereits zum **Zeitpunkt des Abflusses als Werbungskosten** geltend gemacht werden können.

Nach § 31 Abs. 1 Wohnungseigentumsgesetz haben die **Wohnungseigentümer** eine angemessene Rücklage (**Reparaturfonds**) zur Vorsorge für künftige Aufwendungen **zu bilden**. Durch die in der Regel laufende Einhebung von Beiträgen soll ein **Haftungsfonds oder eine Liquiditätsreserve** geschaffen werden, um nicht nur alltägliche Auslagen, sondern auch **größere Erhaltungs-, Investitions- und Verbesserungsarbeiten** finanzieren zu können. Die Rücklage, die ein **Vermögen der Eigentümergeinschaft** darstellt, ist dabei **für alle Arten von Liegenschaftsaufwendungen** verwendbar. Da der einzelne Wohnungseigentümer eine Rückzahlung nicht verlangen kann, argumentierte der Steuerpflichtige mit einem entsprechenden Vermögensabfluss für die Anerkennung als Werbungskosten. **Seitens des VwGH** wurde **dieser Ansicht** jedoch **nicht gefolgt**.

Voraussetzung für den **Werbungskostencharakter** ist, dass im **Zeitpunkt** der Leistung der **Zahlung** ernstlich damit **gerechnet werden muss**, dass der die **Werbungkosteneigenschaft** begründende Zusammenhang gegeben ist. Es muss damit der **Zusammenhang mit Instandhaltungsaufwand** und nicht mit zu aktivierendem Herstellungsaufwand gegeben sein. Da die Rücklage vom Verwalter für alle Arten von Liegenschaftsaufwendungen verwendet werden kann, steht bei der **Dotierung der Rücklage** durch den Wohnungseigentümer **noch nicht fest**, ob dieser Zahlung **Werbungskostencharakter** zukommt. Es kann schließlich noch nicht beurteilt werden, ob damit künftig **aktivierungspflichtige** (z.B. Herstellung oder Instandsetzung) **oder sofort abzugsfähige Ausgaben** (Instandhaltung) **getätigt** werden. Erst wenn sofort abzugsfähige Kosten aus der Rücklage bezahlt werden, ist eine **steuerliche Geltendmachung** daher **möglich**.

Erneute Erhöhung des Basiszinssatzes

Durch die jüngst von der EZB beschlossene, erneute **Erhöhung des Leitzinssatzes** um **0,75 Prozentpunkte** ergeben sich Anpassungen beim **Basiszinssatz** (nunmehr **0,63 %**), welcher wiederum als mehrfacher Referenzzinssatz dient. Die entsprechenden **Jahreszinssätze** sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt. Sofern die genannten Zinsen einen Betrag von **50 €** nicht erreichen, werden sie **nicht** festgesetzt.

	Ab 14.9.2022	Bis 13.9.2022
Stundungszinsen	2,63 %	1,88 %
Aussetzungszinsen	2,63 %	1,88 %
Anspruchszinsen	2,63 %	1,88 %
Beschwerdezinsen	2,63 %	1,88 %
Umsatzsteuerzinsen	2,63 %	1,88 %

Sozialversicherungswerte 2023

Unter Berücksichtigung der Aufwertungszahl von **1,031** betragen die Sozialversicherungswerte für 2023 **voraussichtlich** (in €):

	2023	2022
Geringfügigkeitsgrenze monatlich	500,91	485,85
Grenzwert für pauschalierte Dienstgeberabgabe monatlich	751,37	728,77
Höchstbeitragsgrundlage täglich	195,00	189,00
Höchstbeitragsgrundlage monatlich (laufender Bezug)	5.850,00	5.670,00
Höchstbeitragsgrundlage jährlich für Sonderzahlungen (echte und freie Dienstnehmer)	11.700,00	11.340,00
Höchstbeitragsgrundlage monatlich für freie Dienstnehmer (ohne Sonderzahlungen)	6.825,00	6.615,00

Die **Veröffentlichung** im Bundesgesetzblatt bleibt abzuwarten.